

Norbert Blüm:

Unser Land hat den Wechsel verdient

Der Wahlkampf geht in seine Schlußrunde. Noch immer sind viele Wähler unentschieden. Sie haben sich noch nicht entschieden. Das ist unsere große Chance, zumal wir in den vergangenen Wochen feststellen konnten, daß die Stimmung für uns ständig besser wird. Die Zustimmung zu unserer Politik wächst spürbar. Auch in den letzten 10 Tagen dieses Wahlkampfes halten wir an unserer Strategie fest, nordrhein-westfälische Themen und die Deutschlandpolitik gleichgewichtig zu behandeln.

Es gibt viele Gründe für einen Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen. Der bisherige Wahlkampf hat gezeigt, die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen wollen vor allem:

1. Eine bessere Schulpolitik.

Unsere Schulen dürfen nicht weiter durch die SPD ruiniert werden. Es muß Schluß sein mit der Schließung von weiteren Schulen. Der Marsch in die großen Schulfabriken muß gestoppt werden. Der Unterrichtsausfall ist das Ergebnis des Lehrermangels. NRW hat unter allen Bundesländern die schlechteste Lehrerversorgung. Wir werden 3000 neue Lehrerstellen schaffen.

2. Eine bessere Familienpolitik.

Die Familienpolitik ist das Stiefkind der nordrhein-westfälischen SPD-Landesregierung. Wie im Bund, so werden wir auch im Land der Familie den Rücken stärken und sofort eine Stiftung „Familie in Not“ einrichten. In Nordrhein-Westfalen fehlen die meisten Kindergartenplätze. Mit Zahlentricks versucht die Landesregierung von dieser beschämenden Situation abzulenken. Wir werden mehr Kindergartenplätze bauen.

3. Mehr Schutz vor Gewalt und Verbrechen.

Wir wollen einen starken Staat zum Schutz der Bürger vor Gewalt und Verbrechen. Die weiche Linie der SPD-Landesregierung in der Verbrechensbekämpfung ist offensichtlich gescheitert. Wir haben das Gladbecker Geiseldrama und seine Opfer nicht vergessen. Wir werden die Polizei verstärken und bei ihrem Kampf gegen das Verbrechen stärker unterstützen.

Wir halten in der Deutschlandpolitik Kurs. Mit Augenmaß und Beharrlichkeit, mit Rücksicht auf die Bürgerinnen und Bürger in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland gestalten wir den Prozeß zur deutschen Einheit in einem vereinten Europa.

Es sind nur noch wenige Tage bis zur Wahl. Wenn wir in der verbleibenden Zeit mit ganzem Einsatz und mit kämpferischem Engagement zur Sache gehen, können wir den Wechsel in Nordrhein-Westfalen schaffen. 24 Jahre SPD-Regierung, 24 Jahre SPD-Macht in Nordrhein-Westfalen sind vielen Bürgern genug. Unser Land hat den Wechsel verdient. Diesmal CDU. ■

CDU Nordrhein-Westfalen zum Aachener Polizistenmord

Blüm fordert Abschaffung der Einzelstreife – Rau soll sich entschuldigen – „Überprüfung der Hafturlaubspraxis dringend vonnöten“

Nach dem Aachener Polizistenmord hat der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU, Norbert Blüm, der nordrhein-westfälischen Landesregierung „grobe Fahrlässigkeit“ und „Verantwortungslosigkeit gegenüber den Polizeibeamten des Landes“ vorgeworfen. „Es ist ein Skandal, daß der nordrhein-westfälische Innenminister Schnoor vielen Polizeibeamten bei Personenkontrollen immer noch Einzelstreife zumutet und sie auf diese Weise einem hohen Lebensrisiko aussetzt“, sagt Blüm. „Solange Schnoor die nordrhein-westfälische Ausnahmeregelung nicht wieder rückgängig macht, bleibt die Innenpolitik der Regierung Rau auch ein Sicherheitsrisiko für die Polizisten. Die Ausnahmeregelung vom 29. 3. 1969, die Einzelstreifen mit Funkstreifenwagen erlaubt, muß endlich vom Tisch!“

Als „besonders empörend“ bezeichnete Blüm Verlautbarungen aus dem nordrhein-westfälischen Innenministerium, wonach die Praxis der Einzelstreife schon deshalb nicht zu überdenken sei, da das „zu 99 Prozent ja gut gehe“ (Express vom 14. 4. 1990). Blüm wörtlich: „Welch' ein menschenverachtender Zynismus! Jeder Mensch hat nur ein Leben. Auch unsere Polizisten. Ich kann nur hoffen, daß sich Ministerpräsident Rau bei der Witwe des ermordeten Wilfried Zander für diese Geschmacklosigkeit entschuldigt.“

Der Polizistenmord von Aachen zeigt nach Ansicht von Blüm, wie nötig die von GdP-Chef Hermann Lutz geforderte umfassende Neueinstellung von Polizeibeamten sei. „In Nordrhein-Westfalen fehlen selbst nach Berechnungen des Innenministeriums z. Zt. 7000 Polizisten. Die Nichtumsetzung der Arbeitszeitverkürzung in den Jahren 1989 und 1990 hat zu einem weiteren Abbau von 1400 Stellen geführt. Um also die unzumutbaren Einzelstreifen abzuschaffen, muß man das Problem bei der Wurzel fassen und mehr

Polizeibeamte einstellen. Die CDU ist hierzu bereit. Dies ist unser fester Wille. Für den nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden stellt sich nach dem Aachener Polizistenmord auch die Frage einer Überprüfung der Hafturlaubspraxis und ihrer gesetzlichen Bestimmungen. „Rösner nutzte den Hafturlaub zur Flucht. Drei unschuldige Menschen bezahlten dies mit ihrem Leben. Tragisch sind die Fälle, in denen sexuelle Triebkräfte im Hafturlaub Frauen überfallen. Und jetzt der Aachener Geiselangster, dem man trotz größter Bedenken von Fachleuten Hafturlaub gewährte, damit er die Beziehung zu seiner in Frankreich lebenden Freundin festigen könne.“

Dieser Wahnsinn muß endlich abgestellt werden! Der Schutz der Bürger hat Vorrang. Nicht alle Straftäter sind resozialisierbar. Dieser Einsicht müssen sich auch langsam sozialdemokratische Justiz- und Innenminister beugen! Eine CDU-geführte Landesregierung jedenfalls wird eine Reform des Strafvollzugsgesetzes (1977) anstreben.“

CDU-Dokumentation:

Dr. Helmut Linssen, MdL: WDR gerät zum Regierungsfunk

Nach 24 Jahren SPD-Staat NRW ist der Westdeutsche Rundfunk auf dem Weg zum Regierungsfunk. Politischer Druck und personalpolitischer Filz lähmen den WDR in seiner Aufgabe, kritischer Begleiter der Landespolitik in NRW zu sein. Dazu legte CDU-Generalsekretär Dr. Helmut Linssen jetzt eine Dokumentation vor, die nun in Auszügen folgt.

I. Der Anspruch

„Der WDR stellt sicher, daß das Gesamtprogramm nicht einseitig einer Partei oder Gruppe, einer Interessengemeinschaft oder einer Weltanschauung dient. Der WDR soll in seiner Berichterstattung angemessene Zeit für die Behandlung kontroverser Themen von allgemeiner Bedeutung vorsehen. Wertende und analytische Einzelbeiträge haben dem Gebot journalistischer Fairneß zu entsprechen. Ziel der Berichterstattung ist es, umfassend zu informieren. Die Nachrichtengestaltung muß allgemein, unabhängig und unparteiisch sein. Nachrichten sind vor ihrer Verbreitung mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt zu prüfen. Kommentare sind deutlich von Nachrichten zu trennen und unter der Nennung des Verfassers als solche zu kennzeichnen.“ (Ge-Paraph 5, Auszüge aus den Programmgrundsätzen)

Dies ist der hohe Anspruch, dem sich der WDR bei der Gestaltung seines täglichen Programms stellen muß. Doch die triste Wirklichkeit sieht völlig anders aus. Nach

24 Jahren SPD-Staat NRW ist der WDR auf dem Weg zum Regierungsfunk, auf dem Weg zum Verlautbarungsorgan der Landesregierung und der sie tragenden Partei. Zahllose Beispiele aus der landespolitischen Alltagsberichterstattung des Westdeutschen Rundfunks belegen, daß sich die Fälle häufen, in denen Meinungsmache vor Information gestellt wird, in denen der Auftrag zu Pluralismus und Unabhängigkeit in Nordrhein-Westfalen in den Hintergrund gedrängt wird. Grund dafür: Die Landesregierung regiert in Programmentscheidungen des WDR direkt hinein.

Durch politischen Druck und personalpolitischen Filz, den Landesregierung und SPD beim WDR betreiben, kann inzwischen eine faire, umfassende und seriöse Berichterstattung im WDR nicht mehr garantiert werden. Die Auswüchse der SPD-Medienpolitik beschreibt ein wirklich unverdächtigter Zeuge, was die SPD angeht, so: „Wir müssen was für Heinrich tun, oder aber, er ist doch ein guter Genosse“ (Klaus Bednarz auf der Medienpolitischen Tagung der SPD Niederrhein im April 1989 in den Düsseldor-

fer Rheinterrassen). Die Folgen erleben die nordrhein-westfälischen Bürger täglich aufs neue. Kritik an der Landesregierung ist so zur exotischen Ausnahme, unseriöse, mit Halbwahrheiten und Unterstellungen gespickte Berichterstattung über die Opposition vielfach zur traurigen Regel geworden.

Die CDU in Nordrhein-Westfalen will weder einen „Rotfunk“ noch einen „Schwarzfunk“. Die CDU in NRW möchte eine ausgewogene, kritische und faire Berichterstattung nach allen Seiten, einen WDR, der sein Wächteramt gegenüber den Herrschenden ernst nimmt. Von diesem Anspruch jedoch ist der WDR meilenweit entfernt. Mit den folgenden Beispielen werden wir dies dokumentieren und die unerträgliche Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit aufzeigen.

II. Die Wirklichkeit

1. Unabhängigkeit, Ausgewogenheit und umfassende Information

1.1. Die Regierungserklärung Rau vom 10. Juli 1987

Im Sommer 1987 sieht es schlecht aus für die SPD und die Landesregierung. Die CDU hat dank Norbert Blüm wieder Tritt gefaßt, der SPD und der Landesregierung bläst aufgrund ihres Lavierens und Taktierens in der Stahlpolitik der Wind ins Gesicht. Im Landeskabinett überlegt man deshalb eine Doppelstrategie, einerseits die Proteste nach Bonn zu lenken, gleichzeitig die Position der Landesregierung mit einer über den WDR verbreiteten Regierungserklärung des Ministerpräsidenten flächendeckend propagieren zu können. Der Ministerpräsident will dazu ei-

nen entsprechenden Brief an den Intendanten verfassen.

Doch das zuständige Landesstudio des WDR in Düsseldorf hat bei seinen Vorbereitungen die Direktübertragung der Regierungserklärung mit dem Hinweis abgelehnt, sie enthalte keine wesentlichen neuen Elemente, somit keinen überragenden Nachrichtenwert. Damit jedoch gibt sich die Landesregierung nicht zufrieden. Der Regierungssprecher interveniert beim WDR-Intendanten in Köln. Der beauftragt den zuständigen Programmdirektor und dieser weist das WDR-Landesstudio an, die Direktübertragung vorzunehmen.

Journalistische Freiheit und Unabhängigkeit — hier ist nichts mehr davon zu spüren. Mit dem dürftigen Verweis auf das Verlautbarungsorgan der obersten Landesbehörden nutzt die Landesregierung mit massivem Druck den WDR als Verlautbarungsorgan für diese parteipolitisch motivierte Aktion. Es wird deutlich: Das Kabinett bestimmt, der WDR muß gehorchen.

1.2. Der Matthiesen-Auftritt am 18. Juni 1989

Am Abend des 18. Juni 1989 führt der WDR in der „Aktuellen Stunde“ ein Interview mit dem nordrhein-westfälischen Umweltminister Klaus Matthiesen. Eigentlich nichts Ungewöhnliches, wären nicht zu dieser Stunde die Wahllokale für die Europawahl noch über eine Stunde geöffnet. Wie nicht anders zu erwarten, nutzt der SPD-Politiker diese Gelegenheit, noch einmal kräftig für seine Partei die Werbetrommel zu rühren.

So greift er einen SPD-Wahlkampfslogan auf, als er die Wähler in NRW auffordert, zur Wahl zu gehen und sich nicht unter-

buttern zu lassen. Gleichzeitig betont er, daß die Leute in Nordrhein-Westfalen sowieso wüßten, wen sie zu wählen hätten. Ist der Vorgang schon skandalös genug, einem aktiven Parteipolitiker an einem Wahltag vor Schließung der Wahllokale ein Forum für Parteiwerbung zu bieten, so offenbart die Antwort des WDR-Fernsehdirektors Struve ein noch größeres Maß an fehlender journalistischer Distanz. Der frühere Sprecher, der SPD-Bürgermeister in Berlin, erkennt in einem Antwortbrief auf eine Beschwerde von CDU-Generalsekretär Dr. Linssen noch nicht einmal die Äußerungen von Matthiesen als offensichtliche Wahlkampfwerbung an. Ein entlarvendes Beispiel dafür, wie weit parteipolitische Propaganda beim WDR inzwischen als regierungsamtliche Neutralität verstanden werden soll.

1.3. Die Berichterstattung über die CDU-Dokumentation: Nordrhein-Westfalen auf dem Weg in den SPD-Staat

Ein „besonderes“ Beispiel für die gesetzmäßig vorgegebene umfassende Information über ein Thema war die Berichterstattung über eine von der stellvertretenden CDU-Landesvorsitzenden Christa Thoben am Montag, dem 16. Oktober 1989, vorgestellte Dokumentation. In der wurde detailliert und mit Dokumenten belegt die Inanspruchnahme des Staatsapparates, insbesondere der Staatskanzlei, durch die SPD für parteipolitische Zwecke aufgezeigt. Bis zum 20. Oktober erfährt der WDR-Fernsehzuschauer über diese Dokumentation, die inzwischen die Zeitungsschlagzeilen beherrscht, nichts. In den landespolitischen Fernsehsendungen findet dieses Thema nicht statt. Solch massive und umfassende Kritik an Landesregierung und SPD darf offenbar

nicht stattfinden. Allenfalls der WDR-Radiohörer hat in einem Streitgespräch zwischen Christa Thoben und Staatskanzleichef Wolfgang Clement über die Dokumentation gehört.

Wer nun gehofft hatte, der WDR würde sich wenigstens in seiner landespolitischen Blickpunkt-Sendung, am Freitag, dem 20. Oktober 1989, mit diesem Thema auseinandersetzen, sah sich getäuscht. Keine Darstellung oder journalistische Aufbereitung der Dokumentation, vielmehr das Eingeständnis, daß die fast 50 Seiten starke Dokumentation mit ihren vielen Originalbelegen durch das personell wirklich nicht unterbesetzte Landesstudio in vier Tagen nicht nachrecherchiert werden konnte, (oder durfte nicht recherchiert werden?). Statt dessen folgt, ohne daß der WDR-Zuschauer den genauen Inhalt der Dokumentation kennt, eine journalistisch dürftig kaschierte Selbstdarstellung über die Aufgaben der Staatskanzlei durch Herrn Clement.

1.4. Berichterstattung über die „Spiegel“-Serie zum Gladbecker Geiseldrama am 3. Juli 1989

Wenn andere Presseorgane dagegen ihr Wächteramt ernster nehmen und bei ihren Recherchen auch die Landesregierung und Landesminister kritisch unter die Lupe nehmen, hat der WDR allerdings nichts Eiligeres zu tun, sich zum publizistischen Verteidiger der Landesregierung zu machen. Als der „Spiegel“ in einer sechsteiligen Serie über das Gladbecker Geiseldrama auch die Rolle des NRW-Innenministers Herbert Schnorr kritisch beleuchtet, mutmaßt der WDR in der „Aktuellen Stunde“ am 3. Juli 1989 sofort, daß der „Spiegel“ mit seiner sechsteiligen Serie schlicht und einfach das Sommerloch stopfen wolle, daß auch

den vielen konservativen Lesern etwas geboten werden müsse und schließlich „auch wieder mal ein prominenter Sozialdemokrat aus dem Amt zu schreiben“ sei. Vertuschen statt Enthüllen heißt hier die Methode.

2. Journalistische Fairneß – 1. Teil

Bei der immer stärkeren Ausrichtung des WDR hin zu einem Regierungsfunk bleibt zwangsläufig journalistische Fairneß auf der Strecke. Polemik statt sachlicher Auseinandersetzung, Verunglimpfung statt Argumente — Bewertungen und Analysen verlassen da, was die Opposition betrifft, sehr schnell das Feld der sachlichen Kritik. Statt dessen werden mit sprachlich-rhetorischen Mitteln sehr schnell vollkommen andere, schlimme Zusammenhänge konstruiert, um die fehlenden Ansatzpunkte zur Kritik zu kaschieren.

So bei einem Kommentar über die Pressekonferenz von Norbert Blüm zur Familienpolitik der CDU NRW am 18. September 1989, auf der Norbert Blüm die familienpolitischen Initiativen der CDU, wie die Einführung eines Landeserziehungsgeldes, Schaffung von mehr Kindergartenplätzen und die Einrichtung einer Stiftung „Mutter und Kind“ vorstellt, und über die Versäumnisse der Landesregierung auf diesem Gebiet informiert. Im WDR-Kommentar wird daraus ein Weg hin zu „bayerischen Verhältnissen“ mit „Schauprozessen und Schandurteilen“.

3. Journalistische Fairneß – 2. Teil

Wie es um die journalistische Fairneß gegenüber der Opposition bestellt ist, haben die vorherigen Beispiele gezeigt. Wie der

WDR allerdings dem Ministerpräsidenten dieses Landes begegnet, ist allenfalls als „Hofknicks-Journalismus“ zu bezeichnen.

Die Vorstellung eines Leitantrages für den SPD-Parteitag im November 1989 gerät der WDR-Hörfunk am 15. August 1989 fast schon zu einem SPD-Werbespot. Kein einziges kritisches Wort zur Programmatik des Antrages. Die Rolle von Johannes Rau wird dagegen geradezu prosaisch überhöht: „Fast unbemerkt schmiedet er den Pakt mit den Menschen, mit ihrer Heimat, mit seiner SPD. Und gegen die, so sagt er, kämpfen diesmal sogar vier andere Parteien, die aus eigener Kraft die Führung nicht übernehmen könnten.“ Der letzte Satz des Kommentars wird dann noch nicht einmal im Konjunktiv gesprochen: „Wer klare Verhältnisse will, wird schon wissen, was er zu tun hat.“

Ein Porträt über Johannes Rau und die Würdigung seiner Arbeit in den letzten fünf Jahren gerät zu einem ähnlich hymnischen Stück. In diesem Bericht wird auf keinem Politikfeld, bei keiner politischen Aktion des Ministerpräsidenten ein kritisches Wort über Johannes Rau und seine Politik gefunden. Statt dessen Passagen wie diese: „Johannes Rau aber gehört zu den wenigen Akteuren, die sich seit vielen Jahren auf dem politischen Hochseil bewegen, absturzfrei und mit traumwandlerischer Sicherheit.“

4. Sorgfalt bei der Prüfung der Nachrichten auf Inhalt, Herkunft und Wahrheit

Bei der Prüfung nach Wahrheit, Inhalt und Herkunft von Nachrichten nimmt es der WDR — zumindest was die Opposition angeht — häufig mit der ihm vom

Gesetzgeber auferlegten Sorgfalt nicht sehr genau. Da wird schlichtweg gelogen, werden falsche Tatsachen unterstellt oder Wahrheiten auf WDR-Sicht zurechtgebogen.

Drastisches Beispiel hierfür ist die Berichterstattung im WDR-Hörfunk über einen sicherheitspolitischen Kongreß der CDU am 20. Februar 1990. Zunächst stellt der Moderator im Studio definitiv fest, daß die seit 24 Jahren regierende SPD ja wohl an der innenpolitischen Lage in NRW nicht schuld sei.

Schlimmer aber noch die Behauptung des WDR-Berichterstatters, die CDU würde im Wahlkampf mit einem Plakat, das den Gladbecker Geiseltäter Dieter Dengler und seine Geisel Silke Bischoff zeigt, auf Stimmenfang gehen. Eine Behauptung, die er zunächst als Gerücht, dann aber als Tatsache darstellt mit dem Zusatz: „Vielleicht schreckt die CDU aber vor dieser Geschmacklosigkeit zurück.“ Besonders perfide ist diese völlig aus der Luft gegriffene Unterstellung angesichts der Tatsache, daß CDU-Generalsekretär Dr. Linssen in einem Gespräch mit WDR-Redakteuren eine Woche vor Ausstrahlung dieses Berichtes dieses von der NRW-SPD gestreute Gerücht energisch dementiert hatte.

5. Schlußbemerkung

Bei der Auflistung der Beispiele geht es der CDU wirklich nicht darum, Vorwürfe gegen einzelne Journalisten zu erheben. Die Beispiele, die wir dargestellt haben, sollen nur drastisch dokumentieren, wie weit sich der WDR in vielen Bereichen von seinem Anspruch, eine neutrale und kritische öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt zu sein, entfernt hat.

Wahlkampftermine des Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl gemeinsam mit Dr. Norbert Blüm

**8. Mai 1990,
19.00 Uhr Bochum,
Ruhrlandhalle**

**9. Mai 1990,
18.00 Uhr Aachen
20.00 Uhr
Düsseldorf, Marktplatz**

Sonstige Termine

**11. Mai 1990,
16.30 Uhr Straßenfest Düsseldorf
Schadowstraße**

Statt dessen haben 24 Jahre SPD-Staat NRW beim WDR eine Entwicklung in Gang gesetzt, die den WDR in weiten Teilen zu einem Regierungsfunk hat werden lassen. Politischer Druck durch die Landesregierung — dies zeigen gerade die ersten Beispiele — lähmen den WDR in seiner Aufgabe, ein kritischer und objektiver Begleiter der Politik in Nordrhein-Westfalen zu sein. Wir hoffen, daß mit dieser Dokumentation wieder ein Anstoß gegeben wird, um über Anspruch und Wirklichkeit des WDR nachzudenken. ■

Worms: Drogenprogramm der Landesregierung enttäuschend

Enttäuscht hat der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Bernhard Worms, auf die von der Landesregierung vorgestellten Konzepte zur Bekämpfung des Drogenproblems reagiert. Worms: „Anstatt entschlossen und schnell dieses so drängende und zentrale Problem unseres Landes anzupacken, reagiert die Landesregierung halbherzig und zögerlich.“

Der von der Landesregierung vorgelegte sogenannte Handlungskatalog bestehe aus vagen und unklaren Ankündigungen, dazu häufig noch ohne konkrete Zahlen und Terminvorgaben, kritisierte Worms weiter. „Wenn Zahlen bei durchaus sinnvollen und stets von der Union geforderten Maßnahmen genannt worden sind, erweisen sie sich als völlig unzureichend. Wir haben circa 20 000 drogenabhängige Personen in NRW und für die sollen jetzt statt 411 Therapieplätzen irgendwann einmal 600 ausreichen? Uns fehlen heute schon 7 000 Polizisten in NRW und da sollen jetzt 250 Polizisten mehr im Jahr 1991 für die Bekämpfung der Drogenkriminalität Abhilfe schaffen? Klotzen, nicht kleckern ist gefragt“, so Worms.

Als besonders problematisch wertete der CDU-Fraktionschef die Tatsache, daß mit der vollen Umsetzung der ohnehin dürftigen Maßnahmen erst ab 1991 begonnen werden könne. „**Die Landesregierung verfährt leider nach der Devise: Reden statt handeln.**“

Dies sei um so unglaublicher, da die SPD gerade in den laufenden Haushaltsberatungen Anträge der CDU abgelehnt habe, die Mittel für die Drogenbekämpfung um 13 Millionen DM zu erhöhen. Worms: „Statt dessen präsentiert sie uns

für 1991 Vorstellungen, für die noch nicht einmal 10 Millionen DM aufgebracht werden müssen.“

Wenn Sozialminister Heinemann zudem das Gespenst der Armut des Landes NRW an die Wand male, daß man aufgrund der Steuergesetzgebung vielleicht bald kein Geld mehr zur Drogenbekämpfung habe, könne er entweder die neueste Steuerschätzung seines Finanzministers nicht — Mehreinnahmen gegenüber 1988 von 4,7 Milliarden DM — oder wolle von den eigenen Versäumnissen ablenken.

Zukunft für das Sauer-/Siegerland

Mit dem Anspruch, die Kräfte des Raumes zu stärken, die Ressourcen der Region zu nutzen und die Zukunft des Sauer-/Siegerlandes zu sichern, tritt der CDU-Bezirksverband Sauer-/Siegerland an die Öffentlichkeit.

Das auf der Bezirksversammlung am 10. April 1989 in Schmallenberg beschlossene Strukturprogramm beschäftigt sich eindringlich mit Problemen der Siedlungsstruktur, der Medien, der Wirtschaft, aber auch der Kultur, der Schule und des Sport- und Freizeitangebotes. Land- und Forstwirtschaft sowie Umwelt- und Naturschutz finden in diesem Strukturprogramm naturgemäß einen breiten Niederschlag.

Das jetzt als Broschüre vorliegende Programm kann kostenlos über die CDU-Bezirksgeschäftsstelle in 5900 Siegen, Weststr. 1, angefordert werden.